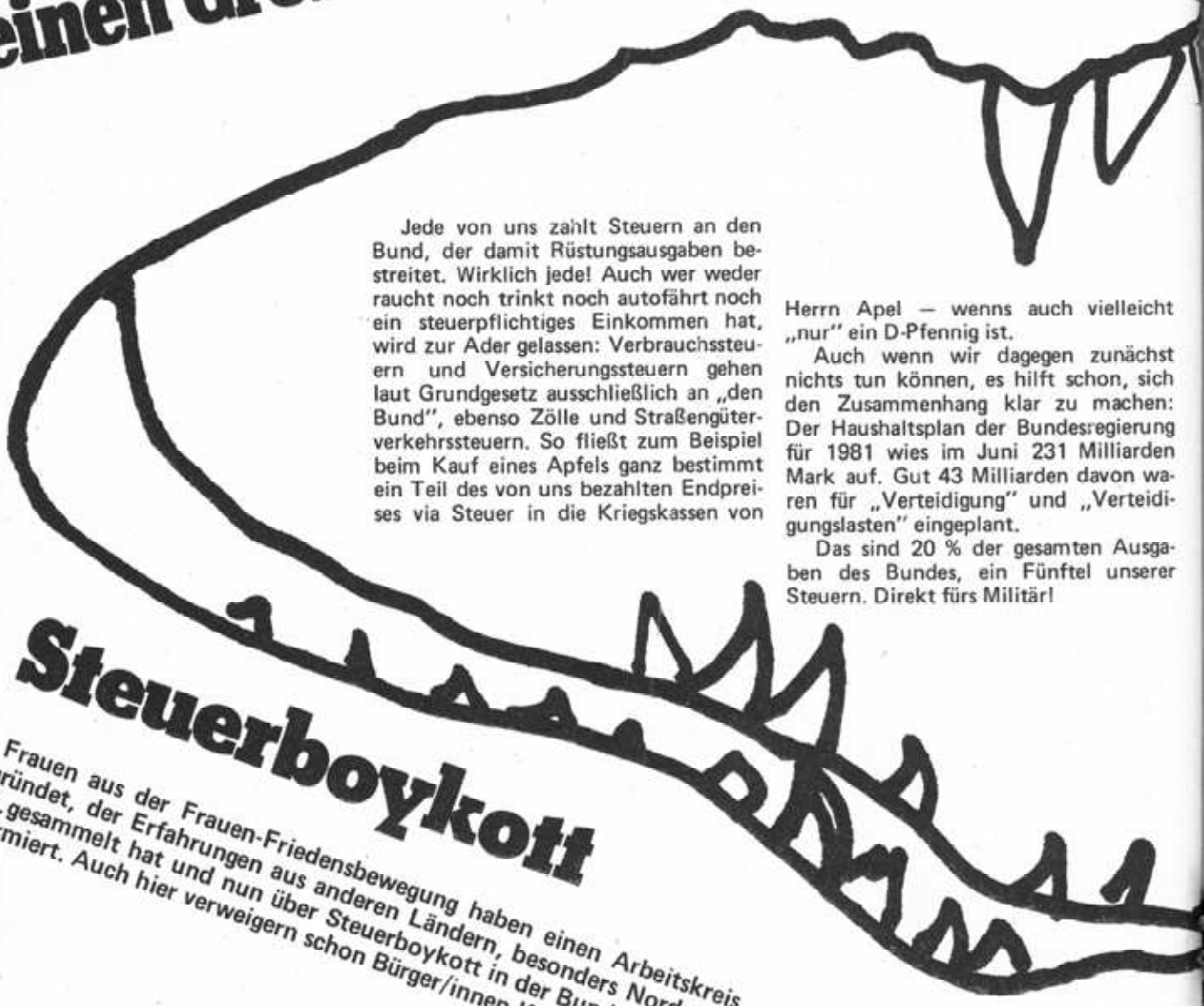
Keinen Groschen mär für's Militär



Jede von uns zahlt Steuern an den Bund, der damit Rüstungsausgaben bestreitet. Wirklich jede! Auch wer weder raucht noch trinkt noch autofährt noch ein steuerpflichtiges Einkommen hat, wird zur Ader gelassen: Verbrauchssteuern und Versicherungssteuern gehen laut Grundgesetz ausschließlich an „den Bund", ebenso Zölle und Straßengüterverkehrssteuern. So fließt zum Beispiel beim Kauf eines Apfels ganz bestimmt ein Teil des von uns bezahlten Endpreises via Steuer in die Kriegskassen von Herrn Apel — wenns auch vielleicht „nur" ein D-Pfennig ist.

Auch wenn wir dagegen zunächst nichts tun können, es hilft schon, sich den Zusammenhang klar zu machen: Der Haushaltsplan der Bundesregierung für 1981 wies im Juni 231 Milliarden Mark auf. Gut 43 Milliarden davon waren für „Verteidigung" und „Verteidigungslasten" eingeplant.

Das sind 20 % der gesamten Ausgaben des Bundes, ein Fünftel unserer Steuern. Direkt fürs Militär!

Steuerboykott

Frauen aus der Frauen-Friedensbewegung haben einen Arbeitskreis gegründet, der Erfahrungen aus anderen Ländern, besonders Nordamerika, gesammelt hat und nun über Steuerboykott in der Bundesrepublik informiert. Auch hier verweigern schon Bürger/innen Kriegssteuern.

Dazu kommt, daß die meisten von uns für Lohn oder Gehalt arbeiten und dadurch noch mehr Steuern an den Bund entrichten. Ungefähr die Hälfte des gesamten Lohn- und Einkommensteueraufkommens geht nach Bonn, 1980 waren dies 150 Milliarden Mark!

Aus dieser gewaltigen Summe kommen die 43 Milliarden, die von der BRD in diesem Jahr direkt für militärische Zwecke verauslagt werden: Kauf von Panzern, Waffen, Raketen, Munition, Kosten für Soldaten, Kasernen, die ganzen Beamten auf der Hardthöhe, aber auch für die hier zu zigtausenden stationierten alliierten „Streitkräfte". Ein empörender Gedanke, und der Widerwille wächst, wenn wir weiterdenken: Auch an den Kosten der hier jetzt bereits lagernden 6.000 nuklearen Sprengköpfe werden wir gezwungenermaßen beteiligt.

Welchen Irrwitz wir mit unserer Hände Arbeit unterstützen, dämmert wohl jeder/m, wenn ich — nur als ein einziges Beispiel — sage: Die stärksten von diesen in der BRD stationierten 6.000 Atomsprengköpfen haben jeder die Wirkung von 30 Atombomben, wie sie auf Hiroshima fielen. Hinzu kommt — ich wage kaum, es auch nochmal aufzuschreiben — daß „unsere" Regierung zugestimmt hat, ab 1983 auf mitteleuropäischem Grund und Boden u.a. 408 neue atomare Raketen zu stationieren, die eindeutig „Erstschlagwaffen" sind. Das heißt, zur „Verteidigung" sind sie ungeeignet. Sie sind Ausdruck der alten Römer-Weisheit: „Wenn du den Frieden willst, rüste zum Kriege", die noch niemals gestimmt hat.

Wir haben keine Möglichkeit, diese Militärpolitik unserer einmal gewählten Politiker per Verweigerung von Zöllen und Mehrwertsteuern zu boykottieren, weil diese Abgaben immer schon „inklusive" sind. Wir müßten dann ganz weitgehend aus der Gesellschaft „aussteigen", nicht mal mehr Äpfel kaufen zum Beispiel...

Wir haben auch nicht leicht die Möglichkeit, als abhängig Beschäftigte unsere Lohnsteuer zu verweigern, (was viel lohnender ist, als etwa ein „Nein" zur Versicherungssteuer); denn auch hier schaltet der Staat (das Finanzamt) einen Dritten dazwischen: Den „Arbeitgeber"!

Wenn wir unser Gehalt oder unseren Arbeitslohn zu sehen kriegen, hat dieser Dritte unsere Lohnsteuer bereits errechnet und unter Verbuchung in der Lohnsteuerkarte uns abgezogen. Wir als Steuerpflichtige können zwar am Jahresanfang bestimmte (nachzuweisende) Ausgaben als „Freibeträge" in diese unsere Lohnsteuerkarte eintragen lassen, und damit die Höhe der Abzüge beeinflussen. Tragen wir aber erkennbar Phantasiebeträge ein — Beispiel: „Gewissenslast wegen Rüstungssteuer" — dann gewährt das Finanzamt den Freibetrag nicht. Machen wir Belastungen glaubhaft — etwa Beiträge zu einer Lebensversicherung — die wir am Jahresende nicht nachweisen können, dann können wir zwar zunächst Steuern „sparen", doch leicht wegen Steuerverkürzung oder -hinterziehung belangt werden.

Ungefährlicher, aber auch weniger einträglich, ist der Antrag auf Lohnsteuerjahresausgleich. Wir bekommen zwar dabei häufig zu viel gezahlte Steuern heraus, aber wieder sitzen Staat und Finanzämter am längeren Hebel. Sie haben unser Geld ja schon und müssen unsere „Sonderausgaben" nicht anerkennen. Versuchen wir also beispielsweise, unter „Dauernde Lasten" im Antragsformular so etwas wie „bereits gezahlte Kriegssteuern" wieder abzuziehen, dann wird sich die Sachbearbeiterin vielleicht verwundert die Augen reiben und kurz andenken. Dann aber streicht sie dieses Ansinnen, wogegen wir allenfalls den Rechtsweg beschreiten können.

Und weil dies Steuereintreibungssystem für Abhängige so lückenarm ist, gibt es in der BRD bisher eine Tradition von Steuerverweigerung nicht. In den USA macht jeder Arbeitnehmer einmal im Jahr eine Steuererklärung, ähnlich wie in Deutschland nur die Selbständigen (10 % der Erwerbstätigen). Amerikaner haben mehr Möglichkeiten, ihrem Finanzamt Steuern zu verweigern, doch spaßen läßt der Staat auch dort nicht mit sich.

Bezeichnenderweise waren die ersten und entschlossensten Kriegssteuerverweigerer in USA Frauen. So machte in den Südstaaten in den sechziger Jahren eine schwarze Sozialarbeiterin namens Robinson kurz Schlagzeilen: Sie wurde zu einer unbefristeten Gefängnisstrafe verurteilt, weil sie aus Gewissensgründen keine Steuern bezahlt hatte. In der Haft trat Frau Robinson einen Hungerstreik an und erreichte damit ihre Freilassung — nach insgesamt 93 Tagen einer Art Beugehaft — ohne jedoch ihre Steuern gezahlt zu haben.

Eine andere Frau, Martha Tranquilly aus Mississippi, bekam etwas später die bisherige Höchststrafe, die in USA wegen Steuerverweigerung verhängt worden ist. Die Krankenschwester Tranquilly wollte auch nicht Krieg durch Abgaben ans Finanzamt unterstützen, hatte das aber etwas ungeschickt angefangen, sodaß sie wegen Steuerhinterziehung neun Monate in den Knast kam.

Beide Frauen gehören zu den 10-bis 20.000 Amerikanern, die als Pazifisten, Rüstungs- oder Kernkraftgegner bisher Lohn-, Einkommens- und/oder Grundsteuer verweigert haben sowie die Telephone-Tax, eine US-Spezialität: seit dem Vietnamkrieg enthält jede Telefonrechnung einen Aufschlag von 2 % Steuer, die viele Amerikaner einfach nicht zahlen.

Die Schwestern Robinson und Tranquilly sind also in Nordamerika Vorläuferinnen der Steuerverweigerungsbewegung — und auch besondere Pechvögel, denn andere Rüstungsboykotteure zahlen seit Jahren erhebliche Anteile ihrer Steuern nicht, ohne daß sie derartige Nachteile in Kauf haben nehmen müssen. Zum Beispiel Ed Hedemann, Angestellter der „War Resisters' League", WRL (Liga der Kriegsdienstgegner), zahlt seit 1972 keine Bundessteuern. Im Juli sollte gerade wieder mal eine Verhandlung deswegen vor einem New Yorker Gericht sein — Hedemanns Anwalt erreichte Verschiebung.

Ed hat kein Bankkonto mehr, seitdem dieses einmal gepfändet wurde, aber auch, weil er „Banken nicht besonders mag". Die Telefonsteuer verweigert er schon seit 1970. Als er noch

Anzeige

psychologie heute im Oktober

Jeden Monat bei Ihrem Zeitschriftenhändler erhältlich.

Wie geheim bleibt ein Geheimnis?

Geheimnisse sind nur dann etwas wert, wenn man sie weitererzählt. Aber dann laufen sie Gefahr, keine Geheimnisse zu bleiben. Im allgemeinen gehen wir aber sorgfältiger mit Geheimnissen um, als man vermuten würde.

Außerdem: Stirbt der Untertan aus? Die Theorie des Abfalls. Carl Rogers über sein Altern. Der Boom der Phantastischen Literatur

Coupon

Ich bestelle zum Vorzugspreis von DM 10,– (inkl. Versandkosten) ein Probeabonnement (3 Hefte ab nächster Ausgabe) Psychologie heute. Wenn ich das Probeabonnement nicht nach Auslieferung des zweiten Heftes abbestelle, bin ich mit dem Weiterbezug zum Jahresabopreis von DM 58,– (plus Versandkosten) einverstanden.

Name: _____

Straße, Hausnummer: _____

PLZ, Ort: _____

Datum: _____ Unterschrift: _____

5039

Bitte bestellen Sie in Ihrer Buchhandlung oder schicken Sie den Coupon an Beltz Verlag, Abo-Service, Postfach 1120, 6940 Weinheim

in Texas arbeitete, „bei einer sehr konservativen Firma", wurde mehrmals sein Gehalt gepfändet, und Mahnungen hat er schon jede Menge bekommen über die Jahre. Seitdem Ed Hedemann bei der War Resisters' League ist, passierte es nicht mehr, daß sein Lohn gepfändet wird, denn die Liga macht nicht mit, „bedient das Finanzamt nicht". Seine Lebensversicherung hat Ed verkauft, Pfändbares besitzt er nicht, und das Finanzamt weiß es inzwischen. Zweimal war er kurz im Gefängnis, aber wegen Verteilens von Boykottaufrufen am New Yorker Finanzamt. Dort demonstrieren die Kriegssteuerverweigerer alljährlich am 15. April, dem Abgabetermin für Einkommensteuererklärungen.

Wie viele andere Verweigerer hat Hedemann schon „Routine", aber „am Anfang war ich sehr nervös, dachte, sie würden mich sofort ins Gefängnis werfen". Manche Jahre hat er nicht einmal Mahnungen gekriegt, und inzwischen hat sich die Steuersumme, die er schuldig bleibt, auf etwa 1.200 Dollars jährlich erhöht: Vier- bis fünftausend Steuerdollars kamen insgesamt friedlichen Zwecken statt dem Pentagon zu.

Seit Ronald Reagan Präsident der Vereinigten Staaten ist, wächst die Boykottbewegung wieder: Ein Sonderkonto, das die „Conscience and Military Tax Campaign" CMTC (Kampagne Kriegssteuer und Gewissen) für Verweigerer eingerichtet hat, ist allein zwischen März und Juni 1981 von 15.000 auf 43.000 Dollar angewachsen.

Der katholische Erzbischof von Seattle im US-Staat Washington fand unterstützende Worte für einen Kriegssteuerboykott: „Wir müssen uns weigern, unserem Kernkraftidol Weihrauch – in unseren Tagen Steuerdollars – zu opfern... Das Steuerformular 1040 ist der Platz, an dem das Pentagon unmittelbar in unser Leben tritt und unsere gedankenlose Mitwirkung fordert." (Zitiert nach Seattle Times, 13.06.81).

In der Bundesrepublik machen neuerdings drei Marburger Anwälte von sich reden. Sie beantragten im März 1981 „aufgrund der Wehrpolitik der Bundesregierung in der letzten Zeit" beim Finanzamt Marburg die Nennung eines Kontos, „welches gewährleistet, daß die von uns zu zahlenden (Umsatz) Steuern (für das vierte Quartal 1980 in Höhe von 1.911,86) nicht in dem Haushalt des Kriegsministers Apel verwendet werden." Der Antrag wurde abgelehnt, die Anwälte sind inzwischen vor dem Landgericht und wollen bis vor das Verfassungsgericht gehen.

In Berlin hat sich – ebenfalls im März dieses Jahres – eine Gruppe überwiegend aus der Frauen-Friedensbewegung – zum Arbeitskreis Kriegssteuerverweigerung zusammengetan, um nicht

mehr Beihilfe zum Rüstungswahnsinn zu leisten und andere über die Möglichkeiten zu informieren, die es gibt.

Einige Frauen der Gruppe vermeiden Steuern, indem sie ihre Einkünfte herabschrauben. Eine hat zusätzlich vom Kauf eines neuen Autos abgesehen. Eine andere wird einen Teil ihrer Einkommensteuer 1980 mit ausführlicher Begründung verweigern. Wieder eine andere ist dabei, zusammen mit anderen Kirchenangestellten die evangelische Landeskirche, bei der sie tätig ist, als Arbeitgeber zu motivieren, die Lohnsteuern nicht mehr voll ans Finanzamt abzuführen, sondern entweder auf ein Sperrkonto zu zahlen oder einen Antrag auf ein solches beim Finanzamt zu stellen. Hierdurch eröffnen sich Klagemöglichkeiten bis nach Karlsruhe, denn das Verfassungsgericht hat in der BRD direkt zur Steuerverweigerung noch keine Entscheidung getroffen.

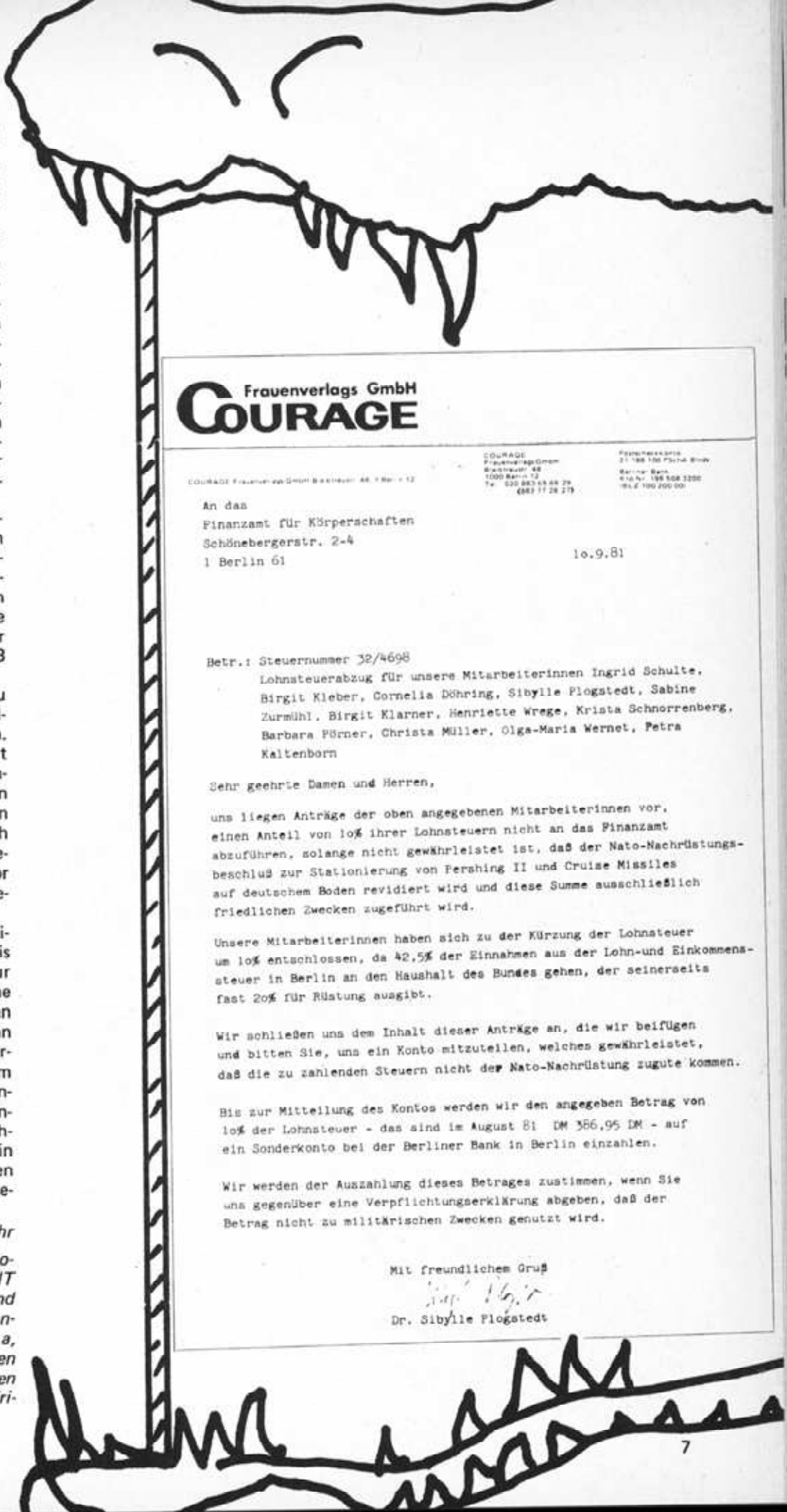
Beim Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) haben sich Angestellte und der Vorstand bereit erklärt, einen Teil ihrer jährlichen Lohnsteuer — und zwar 572 Mark — auf ein Sperrkonto zu überweisen. 572, diese Zahl entspricht laut BBU der Anzahl der Pershing 2 und Cruise Missile, die 1983 hier stationiert werden sollen.

Wer seinen Arbeitgeber nicht dazu bewegen kann, Lohnsteuern einzubehalten, kann auch selbst tätig werden. Mann oder Frau kann beim Finanzamt die Herausgabe eines bestimmten Anteils ihrer Lohnsteuer beantragen, gegen die Ablehnung des Finanzamtes dann Widerspruch einlegen. Dieser Widerspruch wird — mit Sicherheit negativ — beschieden, und dann ist der Klageweg (vor dem Finanz-Gericht) eröffnet. Wenn viele dies tun, macht es Wirbel.

Formulierungsbeispiele für die Aktionen Einzelner hält der Arbeitskreis Kriegssteuerverweigerung bereit. Nur Entschlossenheit, gegen die staatliche Übermacht etwas auszurichten, kann Steuerverweigerung voranbringen, denn wenn es ums Geld geht, haben die Starken noch nie Spaß verstanden. Mit dem Arbeitskreis sind einige Steuerberaterinnen und Juristinnen bereits in Verbindung. Es sollten aber noch viel mehr ihren Rat zur Verfügung stellen, damit ein Ring von Gruppen und Kontaktleuten quer durch die Bundesrepublik aufgebaut werden kann.

Sophie Behr

Ein erstes Faltblatt mit Informationen — UNSERE STEUERN? — NICHT FÜR DEN KRIEG — ist erschienen und gegen Freiumschlag zu beziehen. Anschrift: Chris Simeon, Kantstr. 93 a, 1000 Berlin 19. Frauen, die mitmachen wollen und/oder Rat geben, können auch mir schreiben: Sophie Behr, Tristanstr. 8, 1000 Berlin 39.



Frauenverlags GmbH
COURAGE

An das
Finanzamt für Körperschaften
Schönebergerstr. 2-4
1 Berlin 61

1o.9.81

Betr.: Steuernummer 32/4698
Lohnsteuerabzug für unsere Mitarbeiterinnen Ingrid Schulte, Birgit Kleber, Cornelia Döhring, Sibylle Plogstedt, Sabine Zurmühl, Birgit Klarner, Henriette Wrege, Krista Schnorrenberg, Barbara Förner, Christa Müller, Olga-Maria Wernet, Petra Kaltenborn

Sehr geehrte Damen und Herren,

uns liegen Anträge der oben angegebenen Mitarbeiterinnen vor, einen Anteil von 1o% ihrer Lohnsteuern nicht an das Finanzamt abzuführen, solange nicht gewährleistet ist, daß der Nato-Nachrüstungsbeschluß zur Stationierung von Pershing II und Cruise Missiles auf deutschem Boden revidiert wird und diese Summe ausschließlich friedlichen Zwecken zugeführt wird.

Unsere Mitarbeiterinnen haben sich zu der Kürzung der Lohnsteuer um 1o% entschlossen, da 42,5% der Einnahmen aus der Lohn-und Einkommensteuer in Berlin an den Haushalt des Bundes gehen, der seinerseits fast 2o% für Rüstung ausgibt.

Wir schließen uns dem Inhalt dieser Anträge an, die wir beifügen und bitten Sie, uns ein Konto mitzuteilen, welches gewährleistet, daß die zu zahlenden Steuern nicht der Nato-Nachrüstung zugute kommen.

Bis zur Mitteilung des Kontos werden wir den angegeben Betrag von 1o% der Lohnsteuer - das sind im August 81 DM 386,95 DM - auf ein Sonderkonto bei der Berliner Bank in Berlin einzahlen.

Wir werden der Auszahlung dieses Betrages zustimmen, wenn Sie uns gegenüber eine Verpflichtungserklärung abgeben, daß der Betrag nicht zu militärischen Zwecken genutzt wird.

Mit freundlichem Gruß

Dr. Sibylle Plogstedt